

«Die Schweiz will kein Sonderfall mehr sein»

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Sonderfall weiter existieren wird und sich das Schweizer Stimmvolk wieder auf sein volkswirtschaftliches Verständnis besinnt (NZZ 5. 3. 24). Es hatte aber am 3. März die Möglichkeit, sich zu wehren.

Vor 40 Jahren erteilte das Bundesgericht dem Parlament den Auftrag, die Heiratsstrafe zu eliminieren. Vor 30 Jahren heiratete ich. Und heute? Wir beziehen eine um 25 Prozent reduzierte Ehepaar-AHV-Rente. Das Volk holt sich das ihm zustehende Geld – wenigstens teilweise – zurück.

Vor 40 Jahren erteilte das Bundesgericht dem Parlament den Auftrag, die Heiratsstrafe zu eliminieren. Vor 30 Jahren heiratete ich. Und heute? Wir beziehen eine um 25 Prozent reduzierte Ehepaar-AHV-Rente. Das Volk holt sich das ihm zustehende Geld – wenigstens teilweise – zurück.

Das führte zur schizophrenen Situation, dass ich AHV bezog und gleichzeitig weiter in die AHV einzahlen musste. Mit 70 musste ich die Rente aus der zweiten Säule beziehen, obwohl ich noch weiterarbeitete. Um nicht die ganze Rente in Form von Steuern wieder dem Staat abzuliefern, reduzierte ich mein Pensum stark. Wo bleibt der Ansporn des Staates, um weiterzuarbeiten?

Anstelle des im Kommentar gewählten Ausdrucks «Denkzettel» finde ich «Hinweis auf offene Punkte» besser.

Walter Wäckerli, Busswil (BE)

Antisemitischer Terrorakt in Zürich

Ein radikalisierte Jugendlicher greift gezielt einen Juden an, um ihn zu töten. Gemäss NZZ sind Passanten dem Niedergestochenen zu Hilfe geeilt. Diesem beherzten Eingreifen ist es zu verdanken, dass der lebensgefährlich verletzte Mann rechtzeitig ins Spital gebracht und der Täter noch an Ort und Stelle verhaftet werden konnte.

Das Handeln dieser Passanten kann nicht hoch genug geschätzt werden. Mehr Mitmenschlichkeit, Zivilcourage und eine deutlichere Absage an den Antisemitismus gibt es nicht.

Tamar Bollag, Zürich

Der Täter, welcher die Tat im Voraus angekündigt und seine Gesinnung und Hingabe zur Terrororganisation «Islamischer Staat» (IS) offenbart hat, hat das Opfer nicht zufällig, sondern aufgrund dessen jüdischen Glaubens gezielt ausgesucht. Eine Tat solcher Dimension ist ein perfider Terrorakt und stellt eine Zäsur für unser Land dar.

Als Reaktion darauf werden die Sicherheitsmassnahmen verstärkt, der Aktionismus bei den pädagogischen Lehrstätten erhöht, die Frage des Entzugs der Schweizer Staatsangehörigkeit des Täters geprüft und das Thema via Medien in der Gesellschaft breit disku-

tiert. Aber was tun eigentlich die Verantwortlichen und Träger der islamischen Glaubensgemeinschaft, um der Radikalisierung von Jugendlichen zu begegnen?

Der Staat kann seine Bürger gegen rechts- oder linksextreme politische Ideen, ideologisch verirrte Terrorgruppen und sonstige Gefährder weltlicher Anschauung mit entsprechenden Massnahmen weitmöglichst schützen. Aber gegen radikale Auswüchse einer fehlinterpretierten Religion kommen sie auf die Dauer nicht an.

Um dieses Problem zu lösen, müssen die Verantwortlichen der islamischen Glaubensgemeinschaft die Initiative ergreifen und dem Staat sowie der Gesellschaft aktiv und öffentlich die Hand zur Kooperation reichen. Dazu gehört insbesondere auch, dass sie über die sozialen Netzwerke in gezielter Weise dagegen angehen.

Dies mag bislang in einzelnen Fällen und in kleinem Masse geschehen sein. Aber die grosse Arbeit sowie der Tatbeweis stehen hier erst noch bevor. Sonst verbleiben dem Staat letztlich als Massnahmen nur die Ausgrenzung und die Abschiebung der radikalisierten Personen.

Peter Nietlisbach, Muri (AG)

Rede zur Lage der Nation

In seiner stündigen Rede hat der amerikanische Präsident Joe Biden seine Meinung verständlich, zeitweise energisch und ohne Nutzung eines Manuskriptes vor dem Kongress und der Welt dargelegt («Biden legt einen energischen Auftritt hin» NZZ 9. 3. 24). Dabei hat er seine Aussagen und Argumente mit Ereignissen, geschichtlichen Bezügen, Namen und Zahlen unterlegt.

Er hat sein Land durch die Wirren der Corona-Zeit geführt und die Wirtschaft gestärkt. Er steht zudem zur grossen Verantwortung der USA für den Erhalt und die Verteidigung der demokratischen Gesellschaften europäischen Stils.

Im Vergleich zum isolationistischen, republikanischen Ansatz, wie ihn Trump für die nächste Amtszeit – zuweilen respektlos – vertritt, ist Bidens Vorgehen weiser und überzeugender.

Hansueli Bruderer, Arbon

«Donald Trump taugt nicht zum Diktator»

Das Gefährliche an Martin Gurriss Gastbeitrag ist seine Verharmlosung (NZZ 8. 3. 24). Natürlich ist es fehl am Platz, von Putsch zu reden. Das ist ohnehin die falsche Vokabel für das, was den USA droht. Aber es gibt keinen Anlass, die Rhetorik von Trump und des Maga-Movements auf die leichte Schulter zu nehmen.

Die Geschichte ist voll mit Beispielen, in denen zum Teil sogar vom Volk gewählte Menschen Machtstruk-

turen etablierten, in denen die Rhetorik durch willfährige Anhänger in die Realität umgesetzt wurde. Wo in seinem Sinne durch vorausseilenden Gehorsam auf vielen kleinen Ebenen undemokratisch und verächtlich gehandelt wurde. Und die dadurch autoritär werden konnten. Und am Ende waren alle einzelnen Beteiligten unschuldig, wie es in den Nürnberger Prozessen sehr deutlich zutage trat.

Richtig ist, dass seine chaotische erste Amtszeit erst ein mehr oder minder harmloser Einstieg war. Eine zweite Präsidentschaft Trumps muss nicht zwingend gleich verlaufen.

Thomas Gränicher, Maur

Die Kirchen verlieren ihre Privilegien?

Es ist sicher eine Frage von wenigen Jahren, bis eine neue Abstimmung zur Trennung von Staat und Kirche bzw. zur Aufhebung der Kirchensteuer für juristische Personen kommt und auch angenommen wird (NZZ 11. 3. 24).

Die in den letzten Jahren vorgenommenen Reformen haben zu gewissen Einsparungen geführt, insbesondere bei den sehr kostenintensiven und unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden, sofern die fusionierten Kirchengemeinden ihre Ansprüche zurückgeschraubt haben und die Kosten durch Vermietung oder Umnutzung verringert haben. Dies ist meines Erachtens aber kaum geschehen. Die Kirchengemeinden brauchen Personalstellen und engagierte Freiwillige. Sie können gut auf zu viele und zu grosse kostenintensive Gebäude verzichten.

Das heutige Angebot, wie von Simon Hehli klar benannt, ist zu beliebig, aktivistisch und vor allem in Konkurrenz zu gleichen oder gleichwertigen säkularen Angeboten.

Die Kirche konzentriert sich besser auf ihre Kernaufgaben (Seelsorge, Diakonie), wo es auch keine säkularen direkten Konkurrenzangebote gibt und immer ein grosser Bedarf bestehen wird.

Jürg Egli, Zürich

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 245. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Güjer (leg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Samuel Burgener (sbr.), Jacqueline Lipp (ljp.).

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Marco Kaufmann Bossart (kam.), Werner J. Marti (wj.m.), Andreas Ernst (ahn.), Dominique Burckhardt (dbu.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Jonas Roth (jon.), Erika Burri (ebu.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mml.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Irène Troxler (tox.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hehli (hhs.), Tobias Gafater (gaf.), Matthias Sander (msa.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.).

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Georg Häslar Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.), David Birner (bin.).

Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dff.), Zeno Geissler (zge.), Fabian Baumgartner (fb.), Stefan Hotz (sho.), Katja Baigger (bai.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hudoc (jhu.), Claudia Rey (clr.), Michael von Ledebur (mvl.), Isabel Heusser (heu.), Oliver Camenzind (olc.).

Giorgio Scherrer (sghi.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (fpr.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Christoph Eisenring (cei.), Lorenz Honegger (lho.), Guido Schätti (gui.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Andrea Martel Fus (am.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Triebé (bet.), Christoph G. Schmutz (sco.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Eflamm Mordrelle (EM.), Nelly Keusch (nel.), Isabelle Wachter (wai.), Zoé Baches (zb.), Mortiz Kaufmann (mfk.), Jürg Meier (mju.), Markus Städeli (stä.), Albert Streck (sal.), David Strohm (dst.), Birgit Voigt (vot.), Jürg Zulliger (jz.).

Chefökonom: Peter A. Fischer (pfi.), Philipp Wolf (phw.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Patrick Imhasly (pim.), Alan Niederer (ni.), Stephanie Lahrtz (slz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Kalina Orschakoff (oro.), Esther Widmann (wde.), Eva Mell (ev.), Martin Amrein (mma.), Carole Koch (ck.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rb.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherrer (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Andreas Scheiner (sca.), Rahel Zingg (zin.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Remo Geisser (reg.), Christof Krapf (krp.), Christine Steffen (cen.), Stephan Rammig (ram.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Sebastian Bräuer (smb.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Eva Breitenstein (eva.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (scof.), Esther Rüdiger (oru.), Peter Ackermann (pan.).

Reporter: Andrea Spalinger (spl.), Marcel Gyr (-yr.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (brk.).

Nachrichten: Samuel Burgener (sbl.), Michele Coviello (cov.), Elena Panagiotidis (ela.), Kathrin Klette (kkl.), Raffaella Angstmann (ran.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Melchior Poppe (pop.), Till Minder

(til.), Jacqueline Lipp (lip.), Fabian Vogt (vof.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia.), Philipp Gollmer (pgh.), Kevin Weber (wek.), Elena Oberholzer (obe.), Matthias Venetz (etz.), Miriam Moll (mir.).

Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Ferdinand Knapp (FK.), Severin Pomsel (spo.), Lucia Grassi (glu.), Natalie Fasnacht (naf.), Community: Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: Sven Preger (sve.), Nadine Landert (lna.), David Vogel (dvv.), Marlen Oehler (oeh.), Sebastian Panholzer (sep.), Antonia Moser (ata.), Jenny Rieger (rje.), Simon Schaffer (ssi.), Alice Grosjean (jea.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.), Thierry Figini (tfti.), Martin Arnold (maa.), Nicolas Fröhner (frf.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Anja Lemcke (lea.), Kaspar Manz (xeo.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelen (jok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sah.), Eike Hoppmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jmu.), Roland Shaw (sro.), Cian Jochem (cia.), Danijel Beljan (beb.), Alex Krauchi (akr.), Seda Motte (sed.), Sophia Kissling (ski.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Jörg Walch (jwa.), Andrea Hauner (hwa.), Jasmine Ruееgg (jmr.), Isabelle Pfister (ipf.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Nicole Krättli (krä.), Pascal Burkhard (bup.), Damita Press (dam.), Michelle Amstutz (mma.), Florentin Erb (erf.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Luce Paška (lpa.), Andreas Kopp (ako.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (la.), Philipp Hufschmid (phh.), Ilda Ózpal (ilo.), Lisa Leonardy (lll.), Yves Tardent (tay.), Tanja von Arx (tva.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (gr.), Nicole Aebly (nae.), Martin Brel (br.), Dominic Nahr (dna.), Dario Veréb (dve.), Julie Lovens (lou.), Isabelle Hager (iba.).

Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).

Korrektorat: Natascha Fischer.

TRIBÜNE

Verteilen nach dem Mehrheitsprinzip

Gastkommentar

von ROBERT NEF

Freiheit ist das, was wir einander gegenseitig zumuten und zu-trauen, wobei das Vertrauen in die Freiheitsliebe einer weitgehend staatsabhängig gewordenen Bevölkerung leider am Schwinden ist. Diese Grundbeobachtung liefert die Erklärung für das durchaus vorausehbare Abstimmungsresultat vom 3. März.

Man bezeichnet die AHV gerne und fälschlicherweise als «Generationenvertrag», bei dem allerdings die Bezüger gegenüber den Zahlenden massiv übervertreten sind. Kurz: ein Vertrag zulasten der Jungen und noch nicht Geborenen, der sich leider kontinuierlich in Richtung einer zentral steuerfinanzierten Volkspension entwickelt, zulasten der Jungen und der Erwerbstätigen.

Was im Zusammenhang mit der Abstimmung zu wenig thematisiert wurde, ist die Tatsache, dass man zwar über generelle Verteilungsregeln nach dem Mehrheitsprinzip durchaus entscheiden kann, dass dieses aber fast regelmässig versagt, wenn es um konkrete Umverteilung geht und die Abstimmenden kurzfristig rein finanziell (und nur auf die eigene Person bezogen) ihren eigenen Vorteil an der Urne zulasten einer Minderheit – oder gar zulasten noch nicht Geborener – zum Ausdruck bringen können. Dann gibt es unweigerlich früher oder später immer mehr Zwangsabgaben zulasten überstimmter Minderheiten. Demokratie wird zum Freipass, die Hand in die Tasche anderer zu stecken.

Das Mehrheitsprinzip (eine Person, eine Stimme) versagt bei der Verteilung von Mitteln, die nicht personenbezogen gleichmässig eingezogen werden, und es sollte stets mit dem Prinzip «je betroffener, desto beteiligter» und mit einem wirksamen Schutz von Minderheiten verknüpft werden. Aber diese Randbedingungen des Mehrheitsprinzips sind kompliziert und schwer zu kommunizieren. Wer sie vorbringt, wird schnell einmal als Gegner der Demokratie gebrandmarkt. Demokratie funktioniert, wenn man über generelle Regeln abstimmen kann, und sie versagt beim Verteilen von öffentlichen Mitteln, die auf ungleichen Beiträgen beruhen.

Der Zusammenhang von Besteuert-Werden und Mitbestimmen-Können ist fundamental. Immerhin hat eine (schwache) Mehrheit junger Abstimmender diesen Zusammenhang noch gesehen oder erahnt.

Gibt es angesichts der zunehmenden finanziellen Abhängigkeit der Stimmenden vom Staat und der immer mehr auseinanderklaffenden Beteiligung an den Staatskosten noch eine Chance für eine friedliche und nachhaltige Kombination von Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat? Je zentraler die Entscheide gefällt werden, desto mehr verschwindet die Wahrnehmung des Zusammenhangs von Kosten und Nutzen, und der Staat wird zur Milchkuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird.

Ein Lichtblick ist wohl das Resultat der in den Medien als «massive Abfuhr» bezeichneten Ablehnung der Initiative der Jungfreisinnigen. Sie brachte mindestens eine Teilantwort auf die entscheidenden Fragen, und sie präsentierte Lösungen, die auf das längerfristige Gemeinwohl und nicht etwa nur auf «Jugendinteressen» ausgerichtet waren. Es gibt also heute eine längerfristig reflektierende staatskeptsche Jugend, die für dauerhaft tragbare und finanzierbare Lösungen einsteht und über die Grenzen der Schweiz hinausschaut und nicht einfach populäre Sonderinteressen einer Partei oder einer Gruppe von Betroffenen im Auge hat.

Es ist höchst bemerkenswert, dass diese Initiative in einer – wohl gewollt – höchst ungünstigen Kombination immerhin gut einen Viertel der Abstimmenden zu einem mutigen Ja bewogen hat. Die Anliegen einer Flexibilisierung des Rentenalters und seiner Koppelung an die objektiv nachweisbar zunehmende Lebenserwartung stehen auf einer längerfristigen Traktandenliste, und es ist zu hoffen, dass die Ja-Stimmenden auch in vorgerücktem Alter an einer ähnlichen Abstimmung nicht nur ihr Eigeninteresse zum Ausdruck bringen werden und dass sich auf die Dauer vernünftige ökonomische Überlegungen gegen populistische Propaganda durchsetzen.

Robert Nef ist Stiftungsratsmitglied des Liberalen Instituts.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Niklaus Nuspliger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), Jonas Hermann (jsh.), René Höltschi (ht.), Alexander Küster (ks.), Oliver Markus (oma.), Fatima Keilani (kei.), Susann Kreuzmann (sk.), Beatrice Achterberg (ba.), Marco Seliger (mse.), Johannes C. Beckerheimer (JCB.). **Frankfurt:** Michael Rasch (r.). **Rom:** Luzi Bernet (lzb.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mij.), Meret Baumann (bam). **Tallinn:** Linda Koponen (lko.). **Brüssel:** Daniel Steinworth (DSt.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Moskau:** Markus Ackereit (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Beirut:** Daniel Böhm (dan.). **Tel Aviv:** Rewert Hoffer (rew.). **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Singapur:** Matthias Müller (Mue.). **Taipeh:** Patrick Zoll (paz.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Barbara Barkhausen (bkh.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** David Signer (dai.). **New York:** vakant. **San Francisco:** Marie-Astrid Ringer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Miltz (mit.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Foto: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Cläulina (cl.), Barbara Klingbächer (bak.).

NZZ Geschichte: Claudia Mäder (cmd.), Daniel Di Falco (dff.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch. Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch. **Servicecenter:** Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/faq. **Inserate:** NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzone.ch, www.nzzone.ch. **Druck:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Print & Digital: 914 Fr. (12 Monate), 83 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 623 Fr. (12 Monate), 58 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 405 Fr. (12 Monate), 36 Fr. (1 Monat).

NZZ International Print & Digital: 619 € (12 Monate), 56 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 987 Fr. (12 Monate), 90 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2024.

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2024.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler